

II— 2651 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
Zl. 21.891/72-1a/1977

1010 Wien, den 13. Juli 1977  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

1205/AB

1977-07-20

zu 1258/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER,  
Dr. SCHWIMMER und Genossen an den Bundes-  
minister für soziale Verwaltung, betreffend  
die Sicherung der Pensionen (Nr. 1258/J)

Die anfragenden Abgeordneten zitieren eine von mir anlässlich eines SPÖ-Pensionistentreffens in der Dornbirner Stadthalle gemachte, in der "Arbeiter-Zeitung" vom 12.5.1977 wiedergegebene Äußerung sowie eine Aussendung der "Sozialistischen Korrespondenz" vom 15.2.1977 und stellen abschließend die folgende Frage:

"Auf welche Grundlage stützen Sie Ihre Unterstellung, daß es im Zuge der von Finanzminister Dr. ANDROSCH ausgelösten Auseinandersetzung um die Pensionen die ÖVP - und nicht, so wie es den Tatsachen entspricht, Finanzminister Dr. ANDROSCH - gewesen sei, die behauptet habe, die Pensionen seien nicht gesichert?"

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich bemerken, daß die Ausführungen eines Politikers bei einer Parteiveranstaltung, wie das SPÖ-Pensionistentreffen in der Dornbirner-Stadthalle, ebenso wie eine Aussendung der "Sozialistischen Korrespondenz" und die Berichterstattung der "Arbeiter-Zeitung" kein Gegenstand der Vollziehung sind. Dennoch bin ich aus Gründen

- 2 -

der parlamentarischen Höflichkeit bereit, die gegenständliche Anfrage zu beantworten.

Bundesminister für Finanzen Dr. ANDROSCH hat im Zusammenhang mit Äußerungen zur Budgetpolitik auf die Problematik der dynamischen Entwicklung der Bundeszuschüsse in der Pensionsversicherung hingewiesen; er hat nie davon gesprochen, daß die Pensionen nicht gesichert seien. Diese Äußerung, insbesondere auch die Öffentlichkeit verunsichernde Schlagworte wie "Gefährdung des sozialen Standards" oder "Pensionsstop" stammen durchwegs von Mitgliedern der ÖVP. Ich zitiere in diesem Zusammenhang drei Aussendungen des ÖVP-Pressedienstes:

1. Abgeordneter zum Nationalrat Dr. KOHLMAYER im ÖVP-Pressedienst vom 15. Februar 1977: "Die Aussagen des Finanzministers bei seiner heutigen Pressekonferenz zu Pensionsfragen lassen befürchten, daß seine Unfähigkeit, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten, nun auch den sozialen Standard in Österreich gefährdet, ... "
2. ÖVP-Generalsekretär Sixtus LANNER im ÖVP-Pressedienst vom 18. Februar 1977: "Offenbar um die zusätzlichen Mittel aufzubringen, hat ANDROSCH mit dem Gedanken eines Pensionsstops und einer Hinaufsetzung des Pensionsalters kalkuliert."
3. Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Johann GASSNER im ÖVP-Pressedienst vom 19. Februar 1977: "Die Sicherheit der Pensionen ist bei Finanzminister ANDROSCH in denkbar schlechten Händen."

Es kann deshalb nicht als Unterstellung bezeichnet werden, wenn ich festgestellt habe, es sei die ÖVP gewesen, die behauptet hat, daß die Pensionen nicht gesichert seien.

